



Gaskavernen: Grüne fordern eine »harte« Patronatserklärung

Grüne Änderungsanträge zum städtebaulichen Vertrag werden im Ausschuss für Bau, Ökologie und Wirtschaft einstimmig angenommen

Die Grüne Ratsfraktion Ronnenberg fordert die Stadtwerke Hannover und die Mitgesellschafter der GHG auf, freiwillig eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Gaskavernenerweiterung in Empelde durchzuführen und eine Haftungserklärung abzugeben.

Das Landeswirtschaftsministerium bleibt in seinem neuesten Schreiben bei seiner ablehnenden Haltung, eine UVP aus gesetzlichen Gründen anzuweisen. Der Minister weist aber ausdrücklich darauf hin, dass der Betreiber auf freiwilliger Basis eine UVP durchführen kann, um auf die Bedenken und Fragen der dort lebenden Menschen öffentlich einzugehen.

Er führt weiterhin aus, dass dieses für die Betreiber kein unverhältnismäßiger Aufwand darstellen würde. Zitat: »Die Aufarbeitung der von Ihnen genannten Befürchtungen sollte dem Antragsteller ohne weiteres möglich sein, da Fragen wie beispielsweise die Standsicherheit des Benther Salzstockes sowie mögliche Einflüsse benachbarter Kalibergwerke schon gutachterlich bewertet wurden.«

Danach gibt es nun keinen Grund mehr, auf eine UVP zu verzichten, die ja vom Rat der Stadt gefordert wird.

Nur die UVP ermöglicht ein umfassendes öffentliches Verfahren unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Die Grüne Ratsfraktion Ronnenberg fordert zudem die Stadtwerke und anderen Gesellschafter auf, von sich aus eine »harte Patronatserklärung« abzugeben.

Diese soll als Sicherheit für den Fall eines Unglücks oder Schäden durch die Kavernenerweiterung, den Betrieb der GHG und für die Zeit nach Einstellung des Betriebes bis die Konvergenz abgeschlossen ist, dienen.

Es muss sichergestellt werden, dass für eine nicht mehr zahlungsfähige GmbH oder eine solche die aufgelöst wird, nicht

der Steuerzahler für Schäden aufkommen muss.

Die Gesellschafter sind sich nach eigenen Ausführungen sicher, dass von der Kavernenerweiterung keine unkontrollierten Gefahren ausgehen, so dass es für sie kein finanzielles Risiko darstellt, die Erklärung unabhängig von einer eventuell späteren Forderung des Bergamtes abzugeben.

Um das Risiko durch Senkungsschäden nach Stilllegung der Kavernen zu verringern, soll nach Auffassung der GRÜNEN geprüft werden, für die Verfüllung statt Wasser Haldensalz als Feststoff zu verwenden.

Die Entscheidung für eine Verfüllungsvariante darf nur mit Zustimmung der Stadt erfolgen.

Im Folgenden werden die Änderungsanträge für den Verhandlungsvorschlag zum städtebaulichen Vertrag mit der GHG abgedruckt:

1. *Der Rat der Stadt Ronnenberg fordert die GHG und ihre Gesellschafter auf, die vom Landeswirtschaftsminister Bode aufgezeigte Möglichkeit der Durchführung einer freiwilligen UVP in Abstimmung mit dem LBEG durchzuführen. Die Forderung und die Erklärung zu einer freiwilligen UVP wird in den Verhandlungsvorschlag zum städtebaulichen Vertrag aufgenommen.*

2. *Kompensationsmaßnahmen in Nähe des Eingriffsgebietes: Hierfür erstellt*
Weiter auf Seite 2 ►

WAS IST EIGENTLICH ...?

Die Patronatserklärung ist der Sammelbegriff für in Inhalt und Umfang nicht normierte schuldrechtliche Erklärungen im Gesellschaftsrecht, wonach ein Unternehmen oder eine kommunale Gebietskörperschaft (»Patron«) dafür sorgen will, dass eine kreditnehmende Tochtergesellschaft ihre Kreditverpflichtungen erfüllt.

WAS IST DRIN?

- S. 1: GHG
- S. 2: Schüler und Familienhilfe
- S. 3: Fachmarktzentrum Empelde – Bürgerbüro
- S. 3+4: Grüne Reden in der Rats-sitzung am 17.3.2010
- S. 5: Bauernhöfe statt Agrar-fabriken
- S. 6: Ronnenberger Grüne gegen Überwachungsstaat
- S. 7: Solidaritätszuschlag zum Bildungssoli!
Jugend in Benthe – Aktion
- S. 8: Keine Spielhalle in Empelde
Gemeindefinanzen solide reformieren





die GHG projektbegleitend einen landschaftspflegerischen Begleitplan zur Vorlage und Genehmigung bei der Unteren Naturschutzbehörde der Region Hannover. Die Festlegung der Maßnahmen erfolgt nach Vorgaben der Stadt Ronnenberg.

3. **Artenschutz:** Die Region verlangt eine Kartierung, d.h. im Frühjahr (drei Begehungen) und im Herbst (eine Begehung) des Plangebietes, die durch ein Fachbüro durchgeführt werden. Dabei sind eventuelle Hamsterfunde fachgerecht nach den Vorgaben der Stadt und der Region Hannover auf eine geeignete und ausreichend große Fläche umzusiedeln.
4. Die GHG verpflichtet sich regelmäßig, aber mindestens alle 2 Jahre Höhenbeobachtungen über dem Kavernenfeld mit einem Radius ab Außengrenze von 2 km von einem unabhängigen Markscheider durchführen zu lassen. Diese Messungen können jederzeit von der Öffentlichkeit eingesehen werden. Die bereits errechneten Bodenabsenkungen und deren Verlauf müssen für die Fort-

schreibung des F-Plans bekannt gegeben werden.

5. Als weiteres ständiges Mitglied des Runden Tisches wird neben der GHG, der Stadt, dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und der Region Hannover auch das Bürgerforum benannt. Die Öffentlichkeit erhält zusätzlich Gelegenheit, im Gremium mitzuarbeiten.
6. Um das Risiko durch Senkungsschäden nach Stilllegung der Kavernen zu verringern, soll geprüft werden, für die Verfüllung statt Wasser Haldensalz als Feststoff zu verwenden. Die Entscheidung für eine Verfüllungsvariante darf nur mit Zustimmung der Stadt Ronnenberg erfolgen.
7. Der Rat fordert die Gesellschafter der GHG auf, als Sicherheit für den Fall eines Unglückes oder Schäden durch die Kavernenerweiterung, den Betrieb der GHG und für die Zeit nach Einstellung des Betriebes bis die Konvergenz abgeschlossen ist, eine »harte Patronatsklärung« abzugeben. Die Erklärung der Abgabe der »harten Patronats-

klärung« wird im Vorfeld unabhängig der Entscheidung des LBEG zur Sicherheitenstellung in den Verhandlungsvorschlag für den Städtebaulichen Vertrag aufgenommen. Dem LBEG wird mitgeteilt, dass der Rat weiterhin die Abgabe einer »harten Patronatsklärung« für unabdingbar hält.

Des Weiteren wurde eine grundsätzliche Aussage zur Lärmsituation noch konkreter gefasst.

Alles hängt nun davon ab, dass die GHG den Vertragsentwurf so unterschreibt. Dazu ist es von großer Wichtigkeit, dass der öffentliche Druck aufrechterhalten werden kann. Hierfür muss kein Bus nach Clausthal fahren, wie Herr Walther sagt, sondern zu den Stadtwerken Hannover und zur e.on. Von den Entscheidungsträgern, also direkt von den Politikern in den Aufsichtsräten und im Landtag sollte eine klare Stellungnahme eingefordert werden und die Politiker sollten im Interesse der Menschen, aber auch der Unternehmen, diese drängen, den Vertrag zu unterschreiben. Das wäre ein großer Erfolg und ein erster Schritt!

Jens Williges, Grünes Ratsmitglied

Schüler- und Familienhilfe Ronnenberg – Grüne unterstützen seit Jahren

In dem Artikel »Schülerhilfe sucht Freiwillige« (Calenberger Zeitung vom 3. März 2010) wurde die Tatsache, dass die Grünen Ronnenberg alljährlich 500 Euro an den Verein der Schüler- und Familienhilfe spenden, nicht deutlich genug herausgehoben. Dies ist sehr schade, da die Partei diese Summe immer wieder aus eigenen Mitteln finanziert, was durchaus nicht selbstverständlich für politische Parteien ist.

Der Verein kümmert sich seit 22 Jahren um Kinder, die wegen sprachlicher und anderer Probleme Schwierigkeiten in der Schule haben. Es werden 65 Schülerinnen und Schüler aus 12 Ländern im Alter zwischen sechs und 17 Jahren betreut.

In unserem dreigliedrigen Schulsystem beginnt der Druck bereits in der dritten Klasse.

Kinder mit Anfangsschwierigkeiten können sich gar nicht entfalten und wenn die Eltern aus verschiedensten Gründen nicht helfen können, ist bei vielen SchülerInnen der Weg vorprogrammiert. Wie bereits hundertfach in den Medien erwähnt, ist in Deutschland die soziale Herkunft besonders entscheidend. Von Politikern jeder Couleur wird in Talkshows auch wortreich Abhilfe gelobt, nur es hat sich noch nichts Entscheidendes geändert.

Die Kinder erhalten viermal pro Woche schulische Hilfe, die von Honorarkräften und einer ehrenamtlichen Helferin geleistet wird. Die Hausaufgabenhilfe findet in der Theodor-Heuss-Grundschule bzw. der Marie-Curie-Schule statt. Wegen der nötigen individuellen Betreuung ist es nicht möglich, die Gruppen zu vergrößern. Deshalb müssen pro Jahr 20 Kinder auf einen

Platz warten. Mit einer größeren Anzahl von ehrenamtlichen Kräften könnte die Betreuung noch verbessert werden. Es wäre jedoch auch wünschenswert mehr Honorarkräfte einzustellen, was allerdings eine Frage der Finanzierung ist. Wenn der Verein mehr Mitglieder hätte, die den Verein finanziell unterstützen, könnten die Kinder noch mehr Hilfe erfahren.

Der Beitrag von 20 Euro im Jahr – höhere Beiträge werden auch gerne entgegengenommen – ist sicherlich sehr moderat.

Von daher bitte ich die Rundbriefleser/-innen:

»Werdet Mitglied im Verein für Schüler- und Familienhilfe«!

Ein Eintrittsformular liegt bei.

**Regina Lupp,
Vorstand Grüne Ronnenberg**



Verlagerung des Bürgerbüros öffentlich diskutieren!

Innnerhalb zwei Wochen sollen die Verwaltungsausschussmitglieder ohne öffentliche Diskussion und ohne Beteiligung des Rates der Stadt ein neues Bürgerbüro am Ortsrand von Empelde im geplanten neuen Einkaufszentrum mit einer Bindung von 10 Jahren und Kosten von insgesamt bis zu 300 000 Euro beschließen, so die derzeitige Planung.

Dieses Verfahren ist aus Sicht der GRÜNEN Fraktion nicht akzeptabel. Die Entscheidung über den Standort und die Ausgestaltung eines Bürgerbüros muss unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und aller Ratsmitglieder in einer öffentlichen Ratssitzung erfolgen. Der nicht öffentlich tagende Verwaltungsausschuss hat nach Grüner Auffassung nicht das Recht, 10-Jahres-Verträge mit solch finanziellen Folgen ohne Ratsbeschluss zu entscheiden.

Die Grünen haben deshalb den Antrag

gestellt, die Entscheidung in den öffentlich tagenden Rat zu verlegen und werden parallel dazu das geplante Verfahren rechtlich prüfen lassen.

Das vorhandene Bürgerbüro in der Löwenberger Straße wird gut angenommen. Es gibt derzeit keinen Bedarf an neuen Räumen für ein Bürgerbüro oder zusätzlichen Verwaltungsräumen, ebenso keine Notwendigkeit einer Verlagerung.

In Zeiten massiver Finanzlöcher und riesiger Investitionsnotwendigkeiten bei Schulen und Kitas, bis zu 300 000 Euro als Unterstützung für einen privaten Fachmarktbetreiber zur Verfügung stellen zu wollen, ist nicht nachvollziehbar. Die GRÜNEN lehnen daher die Anmietung neuer Räume ab.

Die GRÜNEN haben dem Bebauungsplan für das geplante neue Fachmarktzentrum auf dem ehemaligen Coca-Cola Gelände zugestimmt. Wenn es aber wirklich so wäre,

dass der Betreiber darauf angewiesen ist, 5 % der Fläche an die Stadt zu vermieten, stünde sein gesamtes Geschäftsmodell auf sehr wackeligen Füßen. Auch die zusätzlich erhofften Gewerbesteuererinnahmen wären dann trotz städtischer Anmietung mehr als fraglich.

Das Fachmarktzentrum muss auch ohne Wirtschaftsförderung durch Mieteinnahmen von der Stadt funktionieren, sonst ist langfristig das Risiko einer Bauruine zu hoch.

Mit dem Argument der Wirtschaftsförderung müsste man dann z.B. genauso auch die Attraktivität des Marktzentrums in Ronnenberg aus Steuergeldern erhöhen.

Wenn in vier Jahren der Mietvertrag für das Bürgerbüro in der Löwenberger Str. ausläuft, ist neben eines Verbleibes am jetzigen Standort auch eine (Teil-)Verlagerung in öffentliche Gebäude zur Mietkosteneinsparung zu prüfen. Z.B. hat das Standesamtsgebäude in der Kernstadt Ronnenberg nach dem baldigen Umzug der Bücherei zusätzliche freie Räume.

Ruth Wenzel, Grüne Ratsfrau

Grüne Reden in der Ratssitzung am 17.3.2010 zu den Themen Bürgerbüro und Spielhalle

Ruth Wenzel zum Bürgerbüro:

» Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir von Bündnis 90/Die Grünen halten es für selbstverständlich, dass wir die zusätzlichen Entscheidungen zum Fachmarktzentrum hier an dieser Stelle öffentlich diskutieren und begrüßen es, dass das Demokratieverständnis weiterhin in Ordnung ist. Denn es geht um Steuergelder und die möglichen zusätzlichen Ausgaben sind immerhin haushaltsrelevant. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, an diesem Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess partizipieren zu können. Es geht immerhin um sie, um ihr Geld, um ihren Zugang zu Dienstleistungen der Gemeinde. Wenn wir das Geld hier in die Hand nehmen sollten, wird es in Zukunft an anderer Stelle fehlen. Und außerdem stehen ja auch noch ein paar größere Investitionen an, wie die von uns unter-

stützte Schulsanierung KGS oder die von uns abgelehnte Verlängerung der Berliner Straße.

Infolgedessen ist es mehr als richtig, dass wir von Bündnis 90 mit einem Antrag die Initiative ergriffen haben und somit die Entscheidung aus dem nicht-öffentlichen Verwaltungsausschuss in den Rat verlegt wurde und damit Öffentlichkeit und eine Beteiligung aller gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Rat garantiert ist. Wir haben die B-Plan-Änderung und den Städtebaulichen Vertrag erst kürzlich im Rat einstimmig verabschiedet. Die Tinte dürfte noch nicht trocken sein. Und nun werden weitere neue Konditionen hinterhergeschoben.

So geht das ja nun gar nicht! Und wenn eine Ablehnung dieser neuen Konditionen das Fachmarktzentrum in Teilen in Frage stellt (der Bürokomplex sei disponibel,

Stellenwert der Zustimmung zum B-Plan »Auf dem Steinkamp« mit der Spielhalle als Finanzierungsnotwendigkeit für das gesamte Projekt), dann müssen wir feststellen, dass hier nicht mit offenen Karten gespielt wurde und wird. Mit anderen Worten: wir fühlen uns hinter Licht geführt oder wie mein Vorgänger Dieter Albrecht zu sagen pflegte: hinter die Fichte.

Eine Diskussion über das Für und Wider einer Verlagerung von städtischen Einrichtungen in das Fachmarktzentrum fand in keinem Gremium statt, geschweige denn eine Abstimmung.

Gelinde gesagt, die Informations- und Kommunikationspolitik von Seiten des Bürgermeisters war nicht so, wie sie hätte sein müssen.

Wir diskutieren 2 Jahre lang über das Fachmarktzentrum, haben diese Diskus-

Weiter auf Seite 4 ►



➤ sionen mit der Verabschiedung der oben genannten Drucksache zu einem guten Abschluss gebracht und jetzt sollen wir über die Anmietung neuer Räume und die Ansiedlung einer Spielhalle entscheiden, innerhalb von 14 Tagen eine Entscheidung, deren Ergebnis mehr oder weniger mit dem Wohl und Wehe des gesamten Projektes eng verknüpft ist. Wir fühlen uns mächtig unter Druck gesetzt – und das ist noch charmant ausgedrückt. Der Verdacht, dass möglicherweise Absicht dahinter stecken könnte, lässt uns nicht los. Wir Grünen fragen uns, warum die Anmietung und die Spielhalle gegen jede nachhaltige Vernunft so energisch durchgedrückt werden sollen.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden einer Anmietung neuer Räume und damit der Drucksache 23-1/2010 nicht zustimmen

- aus finanziellen Gründen
- weil keine neuen Räume gebraucht werden
- weil wir die Verknüpfung mit der KSG weiter wollen

Finanziell würde der Haushalt für zehn Jahre aus heutiger Sicht insgesamt zwischen 123.000 Euro und 340.000 Euro

belastet. Dabei sind noch nicht die Ausstattungskosten, die EDV-Vernetzung, der Unterhalt der Räume, der Mietausfall durch den Umzug des sozial-psychiatrischen Dienstes der Region, Mieterhöhungen – von einer höheren Basis ausgehend – berücksichtigt. Die immer wieder gern dagegen gerechnete Gewerbesteuer bleibt vorerst eine unzuverlässige Größe, wenn wir unseren Blick nach Berlin richten, wo eifrig an deren Abschaffung gearbeitet wird. Außerdem reduziert sich die Höhe der Gewerbesteuer, wenn Verwaltungseinheiten in das FMZ einziehen.

Alles in allem: Bei der derzeitigen Haushaltslage hätte diese neue dauerhafte Belastung mit ihren möglichen Folgekosten für den städtischen Haushalt ein großes Gewicht.

Das vorhandene Bürgerbüro in der Löwenberger Straße wird gut angenommen. Es gibt derzeit keinen Bedarf an neuen Räumen für ein Bürgerbüro oder zusätzlichen Verwaltungsräumen, ebenso keine Notwendigkeit einer Verlagerung. Im Gegenteil: sowohl der demographische Faktor als auch die Erfordernis zu sparen führen

eher dazu, dass Räume frei werden, weil sie nicht mehr gebraucht werden bzw. rückgebaut werden müssen.

Wir möchten auch daran erinnern, dass das Bürgerbüro gerade mal vor 7 Jahren in der Löwenberger Straße eröffnet wurde und für dessen Herrichtung ebenfalls einige Investitionen notwendig waren.

Mit der KSG haben wir einen Vermieter, den wir mit unserer Präsenz und auch Mietzahlung darin unterstützen, Ronnenberg mit soliden und preisgünstigen Wohnungen zu versorgen. Wir denken da an die vielfältigen Aktivitäten in Ronnenberg wie seniorengerechtes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser, die Wohnumfeldstudie. Geld, das in die Kommune zurückfließt und den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt.

Möglicherweise stehen wir vor Maßnahmen, die drastische Einsparungen zum Ziel haben. Der Rat hat den Auftrag, Vorschläge für eine Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten. Gleichzeitig soll hier ohne Not zusätzlich viel Geld ausgegeben und damit der Haushalt belastet werden.

Verantwortungsvolle Politik sieht unseres Erachtens anders aus!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!«

Andreas Beichler zur Spielhalle (Auszüge):

» Meine Damen und Herren, ganz am Anfang der Diskussion um das Fachmarktzentrum war in vielen Wortbeiträgen die Rede davon »Empelde soll mit dem Fachmarktzentrum ein ansehnlicheres Entré bekommen!« Falls die B-Plan 28-Änderung eine Mehrheit findet, würden schon bald die Menschen, die nach Empelde hereinfahren als ersten Gewerbebetrieb ein Spielhalle sehen. Unserer Auffassung nach wäre das ein städtebaulicher Worst Case.

Da beschäftigt sich der Rat und eine eigens dafür eingerichtete Kommission über nunmehr 2 Jahre mit der Ausgestaltung dieses Fachmarktzentrum, es wurden viele Vorschläge gemacht – der B-Plan hierfür wurde dann schließlich auf der letzten Ratssitzung einstimmig als Satzung beschlossen. Alle dachten, nun kann es ja losgehen. Ein Irrtum, wie sich jetzt herausstellt. Was wäre eigentlich, wenn der Rat dieser Beschlussvorlage nicht zustimmt? Warum fühlen sich plötzlich viele so getrieben? Bei einem Blick in die Drucksache wird einem dies vielleicht klarer:

Zitat aus Drucksache: » ... *Der Investor hat unter Hinweis auf diesen Vorlauf und die Finanzierungsnötigkeit für das gesamte Projekt Fachmarktzentrum eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans beantragt.* ... «

Meine Damen und Herren, die Grüne Ratsfraktion lässt sich nicht derart unter Druck setzen. Wir lehnen schon aus diesem Grund die B-Plan-Änderung ab.

Aber nicht nur deshalb: Die Einrichtung einer Spielhalle steht im krassen Widerspruch zu einer familienfreundlichen Kommune, weil Spielhallen die Spielsucht fördern und damit Familien zerstören. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Existenz von Glücksspielangeboten in einem direkten Zusammenhang mit der Anzahl glücksspielsüchtiger Menschen steht.

Glücksspiel ist eine anerkannte Erkrankung im Sinne der WHO (Weltgesundheitsorganisation) – für Beratung und Therapie geben Region und die gesetzlichen wie privaten Krankenkassen (Therapie) hohe Summen aus.

Diese Gefährdungen nehmen die Befürworter, stimmen sie diesem Vorhaben so zu, billigend in Kauf.

Sie nehmen in Kauf, dass gefährdete Menschen dieser Sucht wohnortnah nachgehen können und deren Familien und Kinder dann massiv in finanzielle und soziale Notlagen als Folge dieser Sucht geraten. Hierdurch entstehen soziale Kosten, die es gegen die Steuereinnahmen aufzurechnen gilt.

Das Argument, junge Menschen hätten erst ab 18 Zugang zur Spielhalle ist zumindest zweifelhaft. Das vorgestellte Konzept spricht hier von einem abgestuften Modell mit Bereichen in denen man z. B. Billiard spielen oder Kröckeln kann. Dieser Bereich ist für Jugendliche zugänglich und stets in Sichtweite zum Glücksspielbereich. Jugendliche werden hier quasi angefütert. ... «

Auf der letzten Seite sind in einem Artikel zur Spielhalle Empelde weitere Zahlen und Fakten nachzulesen!



Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Mitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ronnenberg verurteilt einstimmig die Errichtung von Mega-Geflügelschlachtereien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ronnenberg, lehnen den Bau einer Geflügel-großschlachtereie in Wietze, Kreis Celle, entschieden ab. In der Großschlachtereie sollen pro Woche die unvorstellbare Zahl von 2,5 Millionen Hähnchen geschlachtet werden. Um einen Schlachtbetrieb dieses Ausmaßes gewährleisten zu können, müssen im Umkreis von ca. 100 km um den Schlachthof herum ca. 420 Mastanlagen mit jeweils etwas 40.000 Tieren gebaut werden. Diese Mastanlagen haben einen Besatz von 15 Tieren pro Quadratmeter, sind bis zu 40.000 Tieren als privilegierte landwirtschaftliche Anlage im Außenbereich genehmigungsfrei, besitzen keinerlei Filteranlagen und bedürfen keiner Umweltverträglichkeitsprüfung. Baugenehmigungen werden gewöhnlich – auch bei massivem Widerstand seitens der Anlieger – ohne Auflagen erteilt.

Landesregierung unterstützt Schlachtreibau mit 800.000 Euro

Die niedersächsische Landesregierung hat den Bereich als Ausweichregion für das völlig mit Mastställen überfüllte Emsland angeboten. Sie unterstützt den Bau dieser Megaschlachtereie mit 800.000 Euro. Auch Fördermittel aus dem Agrartopf der EU werden dafür fließen. Damit wird der Strukturwandel von der bäuerlichen Landwirtschaft zur industriellen Massentierhaltung noch forciert. Dies entspricht genau den Plänen der Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Sie hat für die nächste Periode der Agrarpolitik der EU von 2014 bis 2020 bereits angekündigt, dass sie sich für eine Beibehaltung des bisherigen Förderstils einsetzt. Dies bedeutet, dass auch weiterhin 40 der 60 Milliarden Euro Steuermittel der EU für pauschale Direktzahlungen vergeben werden. Empfänger dieser Gelder sind in erster Linie Großbetriebe, darunter viele Industrievertreter.

Großschlachtereie wird für den Export arbeiten

Bereits heute wird der Fleischbedarf in Europa gedeckt. Jetzt soll massiv für den Export gemästet werden. Bereits heute entstehen 44 % der Treibhausgas-Emissi-

onen durch die Erzeugung tierischer Lebensmittel. Auch die dadurch verursachte Verunreinigung unseres Grundwassers, die vermehrte Luftbelastung und die Zerstörung von Natur- und Landschaft werden billigend in Kauf genommen. Die Einführung von wirklich Natur-, Umwelt- und Tierschutz entsprechenden Standards für die Fleischerzeugung ist nicht beabsichtigt. So werden weiter den Hühnern die Schnäbel kupiert, damit sie sich in der drangvollen Enge nicht gegenseitig verletzen. In mit EU-Fördergeldern gebauten Megaställen erzeugte Hähnchenteile werden exportsubventioniert nach Afrika und in andere Teile der Welt transportiert, überfluten dortige Märkte und berauben die Kleinbauern ihrer Existenzgrundlagen. Mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte der Menschheit hungern und mit dieser Agrarpolitik wird weder das Klima geschont, noch der Hunger bekämpft sondern mit Hilfe unserer Steuern verstärkt.

Bundesregierung übergibt Rat ihres eigenen Sachverständigenrates

Der Weltagrarbericht und der Sachverständigenrat für Umweltpolitik, ein Expertengremium der Bundesregierung, mahnen eine ökologische Neuausrichtung der Agrarpolitik zur Lösung der Probleme des wachsenden Hungers und des Klimawandels an. Offiziell hat sich die Bundesregierung ebenfalls diese Ziele auf die Fahnen geschrieben. Die jetzt erklärten Pläne für die künftige Agrarpolitik für die EU zeigen allerdings das genaue Gegenteil. Die Gelder sollen u.a. in die Intensivierung der Landwirtschaft und den Export gesteckt werden. Das Motto lautet also »Wachse oder weiche« und bedeutet so das Ende unserer bäuerlichen Landwirtschaft. Die GRÜNEN sind überzeugt, dass die Bevölkerung eine solche Agrarpolitik nicht will und lehnen sie entschieden ab.

**Andreas Beichler,
Grüne Ratsfraktion**



Wir brauchen für ein zukunftsfähiges Europa

- Bäuerliche Landwirtschaft nach Prinzipien der betrieblichen Kreislaufwirtschaft und der Generationengerechtigkeit
- Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum
- Flächendeckende nachhaltige, ressourcenschonende Landnutzung – statt der Aufgabe von schwer zu bewirtschaftenden Standorten
- Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft und des Artenpotenzials
- Verbot von Gentechnik
- Artgerechte, flächengebundene Tierhaltung in bäuerlicher Hand
- Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und der naturgemäßen Waldwirtschaft
- Eine demokratische Regionalentwicklung



Ronnenberger Grüne gegen Überwachungsstaat – Stoppt die Überwachung

Im Namen der Terrorismusbekämpfung schränkt die Bundesregierung die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger immer weiter ein. Durch zahlreiche Überwachungsmaßnahmen werden auch Sie zum Verdächtigen. Wir stellen Ihnen hier die wichtigsten Instrumente des Schnüffelstaates vor.

Vorratsdatenspeicherung: Seit dem 9. November 2007 gegen die Stimmen von Grünen, per Gesetz beschlossen, ist seit dem 1. Januar 2008 nachvollziehbar, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden oder das Internet genutzt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS wird auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten. Entgeltliche Anonymisierungsdienste sind verboten. Die Vorratsdatenspeicherung führt zu einer massiven Einschränkung der Grundrechte und greift unverhältnismäßig in Ihre Privatsphäre ein. Sie verhindert Terrorismus und kriminelles Handeln nicht und schadet der freiheitlichen Gesellschaft.

BKA-Gesetz: Im Dezember 2008 hat der Bundestag die leicht veränderte Version des neuen BKA-Gesetzes beschlossen, das zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist. Mit dem neuen Gesetz erhält das Bundeskriminalamt umfassende Befugnisse zur Terrorbekämpfung. Dazu gehören heimliche Online-Durchsuchungen, Rasterfahndungen, die Abfrage von Verbindungsdaten, die Ortung von Mobiltelefonen sowie die präventive Überwachung von Wohnräumen. Damit wird das BKA zu einem deutschen Super-FBI ausgebaut. Die wichtige Trennung der Kompetenzen zwischen Polizei und Geheimdiensten wird aufgehoben und auch Unschuldige geraten ins Visier der Terrorfahnder, wenn sie Kontakt zu Verdächtigen haben, selbst wenn dies völlig unbewusst geschieht.

Online-Durchsuchung: Ein datenschutzrechtlich besonders bedenkliches Instrument, das im neuen BKA-Gesetz verankert ist, ist die Online-Durchsuchung von Privatcomputern. Hier soll der gesamte Inhalt der Festplatte von Fahndern



Demo in Karlsruhe: Die Vorratsdatenspeicherung wurde am Dienstag, den 2. März 2010 durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gekippt. Das Urteil kann beim Bundesverfassungsgericht nachgelesen werden. (<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-037.html>)

ausgespäht werden, um Terrorgefahren abzuwehren. Dazu sagt der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar: »Ich finde, dass der Rechtsstaat gut daran tut, gerade zu einer solchen unrechtmäßigen Praxis Abstand zu halten. Es macht den Unterschied zwischen demokratischem Rechtsstaat und totalitärem Staat aus, dass er mit offenem Visier und mit Augenmaß handelt und dabei die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihre Menschenwürde achtet. Und wenn das verloren geht, hat der Rechtsstaat verloren.«

Biometrische Pässe: Wer einen neuen Reisepass beantragt, muss dabei seit 2007 auch zwei Fingerabdrücke abgeben. Diese werden mit Hilfe eines Chips auf dem Pass gespeichert, zusammen mit einem biometrischen Foto, das bereits seit 2005 Pflicht ist. 2010 soll dann auch der elektronische Personalausweis eingeführt werden. Sicherheitsbehörden versprechen sich davon eine höhere Hürde für Fälscher. Allerdings waren unsere Pässe auch zuvor bereits maschinenlesbar und fälschungssicher, der Sicherheitsgewinn ist also gleich Null. Zudem muss befürchtet werden, dass die Fingerabdrücke irgendwann in einer Zentraldatei gespeichert werden.

Anti-Terror-Datei: In der zentralen Anti-Terror-Datei von Bund und Ländern wird zwischen einer Index-Datei und einer erweiterten Datei unterschieden. Die Grunddaten der Index-Datei sind für die

beteiligten 38 Behörden ohne weiteres abrufbar. Dazu gehören Namen, Geschlecht, Geburtsdatum und Ort, Staatsangehörigkeiten, Adressen, Sprachen, Lichtbilder und besondere körperliche Merkmale. Die erweiterten Daten können aus Quellschutzgründen nur auf Anfrage weitergeben und im »Eilfall« zur Abwehr einer akuten Gefahr abgerufen werden. Hierzu gehören die Telefon- und Bankverbindungen, Fahrzeuge, der Familienstand, die Religionszugehörigkeit, Fahr- und Flugzeuglizenzen, Fertigkeiten im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen, besuchte Orte und Angaben zu bestimmten Gruppierungen.

Zentrales Melderegister: Das Bundesinnenministerium arbeitet derzeit an einer weitreichenden Zentralisierung sensibler Daten. Ein bundesweites Melderegister soll die Qualität der Meldedaten verbessern, unter dem Vorwand die Meldedaten von 4,8 Millionen Bürgern seien derzeit fehlerhaft. Alle Namen, Adressen, Konfession und Steuerdaten sollen dabei zentral gespeichert werden. Je größer die Datenberge sind, desto größer wird jedoch auch die Gefahr des Mißbrauchs

Mautdaten: Scheinbar harmlos lauert der Mautscanner an Autobahnbrücken und erfasst die Nummernschilder der vorbeifahrenden Autos. Bei LKWs kontrollieren sie, ob die Mautgebühren ordnungsgemäß erfasst werden. Die Scanner können aber noch viel mehr erschnüffeln und zum Beispiel nach Straftätern fahnden, wie es in der Vergangenheit bereits geschehen ist.

Videoüberwachung: Die Zahl der Überwachungskameras in den deutschen Städten ist in den letzten Jahren rapide gestiegen. Inzwischen weiß kein Mensch mehr, wo und wann er im öffentlichen Raum überwacht wird, auf welcher Grundlage, und was mit dem Material geschieht. Was bleibt, ist das Gefühl einer allgegenwärtigen Überwachung, die alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt.

Jörg Rutzen (Vorstand: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ronnenberg)



Der »Soli« – Eine Mogelpackung?

Zwanzig Jahre liegt der Fall der Mauer zurück. Vieles hat sich seither verändert. Eines allerdings hat sich hartnäckig gehalten: der Solidaritätszuschlag. Nach 40 Jahren DDR war der Osten Deutschlands wirtschaftlich geschwächt. Um den betroffenen Regionen nach der Wiedervereinigung zu helfen und die kommunale Finanzkraft auszugleichen, war ein besonderer Kraftakt nötig. Mit dieser Begründung erhob das Bundesfinanzministerium 1991 erstmals den »Soli«. Ursprünglich sollten die Bürger im Westen sowie im Osten Deutschlands die Sondersteuer nur für ein Jahr zahlen. Doch nach kurzer Unterbrechung wurde der Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer 1995 wieder eingeführt. Dabei ist der Name »Solidaritätszuschlag« irreführend.

Denn die Steuereinnahmen kommen nicht uneingeschränkt dem Ausbau der Infrastruktur in den fünf neuen Bundesländern zugute, sondern fließen in den allgemeinen Bundeshaushalt. Dort werden sie für alle möglichen Ausgaben genutzt. Entsprechend hat der »Soli« nur wenige Fürsprecher. Viele Wirtschaftsinstitute fordern seine Abschaffung im Zuge einer Steuerreform. Der Bund der Steuerzahler rief 2006 gar das Bundesverfassungsgericht an, um eine Abschaffung zu erreichen. Das oberste Gericht nahm die Beschwerde damals jedoch nicht zur Verhandlung an. Der Bund der Steuerzahler macht dennoch weiter gegen den »Soli« Front. In ihren Augen wäre eine Abschaffung der Steuer, die jährlich rund 13 Milliarden Euro in die Staatskasse

spült, ein positiver Konjunkturimpuls. Befürworter des »Soli« warnen vor einer sofortigen Beseitigung des Zuschlags. Das Ziel einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sehen sie noch nicht erreicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, den »SOLI« zum Teil in einen Bildungssoli umzuwandeln, denn für ein gerechtes Bildungssystem brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung. Investitionen in Bildung schaffen Chancengerechtigkeit und hunderttausende neue Arbeitsplätze. Ein Bildungssoli wäre ein wichtiger Beitrag gerade für die Zukunft der nachwachsenden Generationen in Deutschland.

Michael Kühn,
Grüner Fraktionsvorsitzender,
Ortsrat Benthe

Jugend in Benthe – Aktion: Sag Deine Meinung!

Was beschäftigt die Jugend in Benthe? Es ist an der Zeit, die Jugend in Benthe verstärkt in das Dorfleben mit einzubinden. Bei der Kommunalen Meinungsumfrage 2009 in Benthe (Hans-Georg Meyer, Manfred Bohr – beide CDU) wurde die Frage ob das Angebot für Jugendliche ausreichend sei (Nr. 2.12, Meinungsumfrage 2009) erschreckender Weise nur mit 3,8 bewertet. Nun stellt sich die Frage was können wir für die Jugendlichen tun? Als klare Aufforderung an den Ortsrat wurde verstärkt geäußert, dass man auf die Wünsche der Jugendlichen eingehen solle (Nr. 6.05, Meinungsumfrage 2009). In Benthe leben immerhin 20,3% unter 25-jährige, mit der Aktion »Sag Deine Meinung« wollen wir Jugendliche dazu auffordern bei der nächsten Ortsratssitzung ihren Wünschen oder Ärger Gehör zu verschaffen.

Auf meine Initiative hin wird vor der nächsten Ortsratssitzung am Dorfeingang, wo bisher stets das Dorfkinos angekündigt wurde, ein Banner hängen auf dem die Jugend aufgerufen wird, bei der Ortsratssitzung (mit Termin) ihre Meinung zu sagen. Zusätzlich wird es ein freiwilliges Vortreffen mit mir geben, wo sich Jugendliche

über den Ablauf informieren und mit mir ihre Themen durchsprechen können. Für die Aktion »Sag Deine Meinung« und die Termine werde ich zusätzlich Flyer an die Jugendlichen verteilen. Wir brauchen auch die Meinung der sehr jungen Jugendlichen! Jederzeit bin ich auch gerne Ansprechpartnerin für Fragen um die Grüne Jugend. Ich möchte mich verstärkt für die Jugend in Benthe einsetzen also:

Sag Deine Meinung!



Das von Jugendlichen oft genutzte Bus-Wartehäuschen »Benthe Mitte«: Wirklich ein attraktiver Jugendtreff im Ort?

Was braucht die Jugend in Benthe?

-  Einen Jugendraum?
-  Eine bessere Busverbindung?
-  Ein günstiges Jugendtaxi?
-  Einen Ort für Lan-Partys?

-  Aktionsgruppen, die mit den Jugendlichen auf Demos fahren? (Beispiel „Gegen Nazis“)

Lisa Maack,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg



Keine Spielhalle in Empelde

Die Grüne Ratsfraktion lehnt das Bestreben, im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 111 »Fachmarktzentrum Chemnitzer Straße« auch eine Spielhalle anzusiedeln zu wollen strikt ab. Die Ansiedlung eines solchen Betriebes wäre kontraproduktiv zu den Diskussionen um ein neues Jugendkonzept in Ronnenberg, da insbesondere Jugendliche ein solches »Angebot« ansprechen würde. Dieser Aspekt ist besonders hervorzuheben. Erinnern wir uns: Der Verkauf von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren ist verboten...! – Auch wenn es einige nicht wahr

haben wollen: Junge Menschen sind besonders anfällig für Spielsucht. Mehr als 60 Prozent der Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren haben schon Erfahrung mit Glücksspiel – trotz eines gesetzlichen Verbots für Minderjährige!

Besorgnis erregende Zahlen von gefährdeten oder schon betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind deutschlandweit zu beobachten: Fachleute schätzen, dass das Glücksspielverhalten von 149.000 bis 340.000 Menschen in Deutschland problematisch ist, bei 100.000 bis etwa

290.000 soll es krankhaft sein. Doch in den meisten Familien und Schulen wird das Problem immer noch verkannt und nur selten zur Sprache gebracht.

Jegliche Expansion des Glücksspielmarktes hier nach Empelde führt zu einer Ausweitung glücksspielbezogener Probleme auf individueller und sozialer Ebene. Der positive Aspekt des Glücksspiels in Form hoher Einnahmen für die Stadtkasse und für den Betreiber der Spielhalle ist untrennbar mit den negativen Aspekten in Form von Glücksspielsucht, Verschuldung, Kriminalität, Suizidalität und hohen Behandlungskosten verbunden – der gesellschaftliche Schaden ist immens.

Andreas Beichler, Grüne Ratsfraktion

Gemeindefinanzen solide reformieren

Während Union und FDP die Abschaffung der Gewerbesteuer in einer Gemeindefinanzkommission diskutieren wollen, haben GRÜNE Eckpunkte vorgelegt, die Finanzen der Städte und Gemeinden schon bald auf eine solide Basis stellen könnten.

Die Schwarz-Gelben Pläne – von Kürzungen bei den sozialen Leistungen über den Wegfall der Gewerbesteuer bis hin zu weiteren Steuersenkungen – werden die Gemeinden noch weiter in die Krise treiben. Der Flurschaden, den Schwarz-Gelb damit in der Infrastruktur von Städten und Gemeinden anrichtet, wird die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen.

Jetzt handeln!

Statt mit realitätsfernen Debatten über die Abschaffung der Gewerbesteuer die Lösung der kommunalen Finanzprobleme bis zum St. Nimmerleinstag hinauszuzögern, muss die Bundesregierung jetzt konkrete Schritte einleiten, um die Ge-

meindefinanzen auf eine solide Basis zu stellen.

Wir fordern:

1. die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Einnahmen zu stabilisieren durch

- einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen
- eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- eine Verstetigung und ökologische Ausrichtung der Grundsteuer
- eine Altschuldenhilfe nicht nur für besonders finanzschwache Bundesländer, sondern auch für besonders notleidende Kommunen

2. die Städte und Gemeinden von den Kosten steigender Sozialausgaben zu entlasten durch

- eine Neuausrichtung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger/innen an den tatsächlichen Unterkunfts-kosten und
- eine Gewährleistung der vereinbarten

Bundeskofinanzierung auch bei erhöhter Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr

3. eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherzustellen durch

- eine Ergänzung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen in Art. 28 GG durch eine Garantie der Mindestfinanzausstattung und einen Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen
- eine Aufhebung des sog. Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen insbesondere bei Zukunftsinvestitionen für Bildung, Umwelt und Soziales
- eine Regelung zur »Konnexität«, um zu verhindern, dass die Kosten von Gesetzesvorhaben auf die Kommunen abgewälzt werden
- verbesserte Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren

www.gruene.de

Impressum – Vorstand

V.i.S.d.P.:

Regina Lupp,
Vorstandspräsidentin
Telefon 0511 433164
regina.lupp@
gruene-ronnenberg.de

Verena Kuhn
Vorstand
Telefon 0511 466863
verena.kuhn@
gruene-ronnenberg.de

www.gruene-ronnenberg.de



Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel
Sieben-Trappen-Str. 1
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 65 28
ruth.wenzel@
gruene-ronnenberg.de

Andreas Beichler
Zum Mühlenberg 14 b
30952 Ronnenberg
Telefon 0511 461130
andreas.beichler@
gruene-ronnenberg.de

Lisa Maack
Wallbrink 13
30952 Ronnenberg
Telefon 05108 923559
lisa.maack@
gruene-ronnenberg.de

Jens Williges
Stettiner Str. 7
30952 Ronnenberg
05109 8299
jens.williges@
gruene-ronnenberg.de